

## **Armut im Alter steigt nur wenig**

**Die alarmierende Botschaft Ursula von der Leyens lautet: Ohne Zuschussrente wird Altersarmut zum Massenphänomen. Wissenschaftler widerlegen nun die These von der Verelendung künftiger Rentnergenerationen.**

*Von Stefan Sauer*

Ursula von der Leyen hat in diesem Sommer (...) medienwirksam für ein politisches Anliegen geworben. (...) Es ging um die Zuschussrente für langjährig beschäftigte Kleinverdiener. Die alarmierende Botschaft lautete: Ohne Zuschussrente wird Altersarmut zum Massenphänomen.

Das habe der Debatte ungeheuer geschadet, so Prof. Axel Börsch-Supan am Dienstag, als er gemeinsam mit seinem Kölner Professorenkollegen Achim Wambach das Gutachten zum Thema Altersarmut vorlegt. (...)

Laut einer aktuellen Umfrage des Münchner Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik gehen inzwischen 38 Prozent der deutschen Haushalte davon aus, dass sie im Ruhestand auf Grundsicherung im Alter angewiesen sein werden. Das ist reichlich absurd: Die Hälfte der Pessimisten hatte zum Zeitpunkt der Befragung bereits Rentenanwartschaften erworben, die ihnen Altersbezüge über dem Grundsicherungsniveau garantierten. (...)

Börsch-Supan legt Daten vor, die das Katastrophenszenario verarmter Rentnergenerationen in profunder Weise widerlegen. Ältere sind demnach sehr viel seltener von Armut betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. Derzeit beziehen nur 2,6 Prozent der über 65-Jährigen Grundsicherung, während 7,4 Prozent der Gesamtbevölkerung auf die gleich hohen Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. (...) 15,4 Prozent der über 65-Jährigen gelten als armutsgefährdet. In der Gesamtbevölkerung sind es knapp 20 Prozent, von den Alleinerziehenden 37, von Alleinerziehenden mit Migrationshintergrund gar 49 Prozent. (...)

Selbst bei pessimistischen Annahmen, wie durchschnittlich zehn Jahren Hartz-IV-Bezug, stagnierendem Einkommen im Osten, und stärkeren Abschlägen für Frührentner durch die Rente mit 67 werden im Jahr 2030 lediglich fünf Prozent der über 67-Jährigen auf Grundsicherung im Alter angewiesen sein. Ein solcher Anstieg bereite fraglos Sorge, so Börsch-Supan. Irrig sei die Annahme, mit Hilfe eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von unter zehn Euro Altersarmut wirksam zu begegnen. Auch die politischen Forderungen nach Solidar-, Garantie-, Zuschuss-

oder Lebensleistungsrenten zielen nach Ansicht des Beirats in die falsche Richtung. Börsch-Supan: „Weil wir jeden Euro nur einmal ausgeben können und die Mittel knapp sind, sollten wir dort investieren, wo es am nötigsten ist: in frühkindliche Bildung, in Integration von Migranten, in berufliche Aus- und Weiterbildung, in Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit.“ Dies lindere auch Altersarmut viel wirksamer als vergleichsweise teure Sozialtransfers.

*Der vollständige Artikel erschien in Frankfurter Rundschau am 18.12.2012.*